



Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble mit MIT-Chief Carsten Linnemann während der MIT-Klausur

**Kalte Progression abbauen:
Steuerbremse muss kommen**

Seite 1

**MIT-Initiative von Bundestag beschlossen:
Die Flexi-Rente wird Gesetz**

Seite 2

**Investitionsbedingungen verbessern:
Start Ups fördern**

Seite 4

Leistungsfeindliche Kalte Progression endlich abbauen:

Die Steuerbremse muss kommen

Die MIT fordert eine Steuerbremse zum Stopp der leistungsfeindlichen Kalten Progression: Künftig muss es eine automatische Anpassung des Einkommensteuertarifes an die Inflation geben. Der Grundfreibetrag und der Eckwert beim Spitzensteuersatz sollen dazu automatisch und in regelmäßigen Abständen an die Inflation angepasst werden. Diese Steuerbremse muss gesetzlich fest verankert werden, damit ein beliebiges Umgehen durch die Politik verhindert wird. Nur in Ausnahmefällen, z.B. einer Haushaltsnotlage, soll der Bundestag mit Zustimmung des Bundesrates den Automatismus für ein Jahr aussetzen können.

Diskussion aktiv führen

Das Konzept der Steuerbremse will die MIT auf dem CDU-Bundesparteitag im

Dezember 2014 in Köln zur Abstimmung stellen. Die Union wird aufgefordert, die Debatte zur Abschaffung der Kalten Progression aktiv zu führen. Der MIT-Bundesvorstand hat bereits auf seiner diesjährigen Klausurtagung in Potsdam im Gespräch mit Wolfgang Schäuble eindringlich appelliert, die heimliche Steuererhöhung zu beseitigen. „Die Steuerbremse muss noch in dieser Legislatur kommen“, sagte MIT-Chief Carsten Linnemann nach der Diskussion mit dem Bundesfinanzminister.

Leistungsfeindlich und ungerecht

Die automatische Besteuerung von Lohnerhöhungen führt dazu, dass vielen Steuerzahlern unter dem Strich weniger Kaufkraft als im Jahr vor der Lohnerhöhung bleibt. Der Beseitigung dieser Ungerechtigkeit hat sich die Union in vielen Beschlüssen und Wahl-

programmen verpflichtet. Hier gilt es Wort zu halten. Das Versprechen „keine Steuererhöhung“ muss auch für die heimlichen Steuererhöhungen gelten.

Schulden-Stopp hat Priorität

Dabei geht es nicht um Steuergeschenke oder einmalige Einkommensteueranpassungen. An der Priorität der Haushaltskonsolidierung und dem Schulden-Stopp darf nicht gerüttelt werden. Die MIT fordert vielmehr, dass alle künftigen finanziellen Spielräume mit oberster Priorität für den Einstieg in den Abbau der Kalten Progression verwendet werden. Die Finanzminister werden aufgerufen sich zu verpflichten, die Zuwächse aus der Kalten Progression ab 2018 in der Mittelfristigen Finanzplanung nicht mehr zu berücksichtigen. Eine Gegenfinanzierung durch Steuererhöhungen an anderer Stelle lehnt die MIT grundsätzlich ab.



Der MIT-Bundesvorstand diskutierte mit dem Bundesfinanzminister über Möglichkeiten zum Abbau der Kalten Progression



MIT in den MEDIEN

Bundesvorsitzender Carsten Linnemann transportiert die Positionen der MIT

„Ich freue mich, dass wir mit der Flexi-Rente nun auch in eine andere Richtung diskutieren. Damit sich nicht nur der Eindruck festsetzt, wir wollen die Menschen immer früher in Rente schicken.“

DIE WELT, 10. April 2014

„Die EU hat offenbar den Wert des Meisterbriefs erkannt und von ihrer Empfehlung zur Abschaffung Abstand genommen.“

Deutsches Handwerksblatt, April 2014

„Keine Steuererhöhungen, keine neuen Schulden und der Abbau der kalten Progression gehören zur DNA der Union.“

Tagesspiegel, 22. April 2014

„Die SPD hat die ersten 100 Tage dazu genutzt, um ihre Lieblingsprojekte ganz oben auf die Agenda zu setzen, darunter die Rente mit 63 und den Mindestlohn. Die Union war hier mehr um Schadensbegrenzung bemüht.“

Handelsblatt, 26. März 2014

„Die Flexi-Rente ist die entscheidende Antwort auf eine älter werdende Gesellschaft.“

Spiegel Online, 18. Mai 2014

„Der Griff des Staates ins Portemonnaie der Bürger muss gestoppt werden. Wir erwarten, dass die Steuerbremse noch in dieser Legislatur in Kraft tritt.“

n-tv.de, 16. Mai 2014

„Die Flexi-Rente bildet einen wichtigen Gegenpol zur Rente mit 63.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20. Mai 2014

„Ich freue mich, dass mein Vorschlag einer Flexirente Eingang in den Rentenkompromiss gefunden hat.“

Neue Westfälische, 20. Mai 2014

„Das Gesetz zum Mindestlohn muss noch gründlich überarbeitet werden. Da sind viele Änderungen erforderlich.“

FOCUS, 2. Juni 2014

„Wir müssen Wege finden, die Hidden Champions von morgen heute zu unterstützen.“

Handelsblatt, 27. Mai 2014

„Auf dem nächsten CDU-Parteitag werden wir das Thema Kalte Progression mit ganzer Wucht angehen.“

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 8. Juni 2014

„Die entscheidende Frage ist, wer künftig über die Höhe des Mindestlohns bestimmt, nachdem die Politik das Ausgangsniveau von 8,50 Euro festgesetzt hat.“

DIE WELT, 9. Juni 2014

**MIT-Initiative vom Deutschen Bundestag beschlossen:
Die Flexi-Rente wird Gesetz**



MIT-Bundesvorsitzender Carsten Linnemann setzte die Flexi-Rente auf die politische Agenda

Die auf Initiative der MIT vom Bundestag beschlossene Flexi-Rente erleichtert es Arbeitnehmern und Arbeitgebern, über das gesetzliche Renteneintrittsalter hinaus zusammenzuarbeiten. Künftig können Arbeitnehmer im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber über eine Beschäftigung im Rentenalter befinden.

Arbeitsrechtliche Hürden fallen

Bisher wurde eine Beschäftigung von älteren Fachkräften durch arbeitsrechtliche Hürden erschwert. Wollte ein Arbeitnehmer im Rentenalter weiterarbeiten, durfte dieses Arbeitsverhältnis nicht zeitlich begrenzt werden. Damit ist nun Schluss. Die Möglichkeit von befristeten Verträgen im Rentenalter wird unserer Gesellschaft gerecht, die immer älter wird und dabei immer fitter

bleibt. Zudem entspricht die Abschaffung des Befristungsverbots zum 1. Juli 2014 dem Wunsch vieler Menschen nach einer Weiterbeschäftigung. Davon profitieren Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Gesellschaft gleichermaßen: Ältere Arbeitnehmer können zu ihren Rentenbezügen dazu verdienen. Arbeitgeber profitieren vom dem Know-How der erfahrenen Mitarbeiter, das nun länger im Unternehmen verbleiben und an jüngere Arbeitnehmer weitergeben werden kann. Und unsere Gesellschaft profitiert insgesamt, weil zusätzliche Steuereinnahmen generiert und Arbeitsplätze geschaffen werden.

Ein Signal für die Zukunft

Mit der Flexi-Rente gelingt der Paradigmenwechsel in der Rentenpolitik.

„Viele ältere Arbeitnehmer wollen weiterhin am Berufsleben teilnehmen. Bisher gab es dafür zu viele rechtliche Hürden. Mit der Flexi-Rente werden sie nun abgebaut und alle profitieren davon.“

„Die Flexi-Rente setzt der zunehmenden Entmündigung der Arbeitnehmer etwas entgegen. Arbeitgeber können künftig den Wünschen ihrer Mitarbeiter entsprechen. Dies sollte jedoch auch mit gekürzten Sozialausgaben honoriert werden, von denen beide Seiten profitieren.“



Peter Luths • Herzbruch Bender & Kollegen, Lüneburg
MIT-Kreisverband Lüneburg



Ruth Baumann • Baumann & Co., Freiburg
MIT-Kreisverband Freiburg



MIT in den MEDIEN

Das schreibt die Presse über die MIT

„Die Flexi-Rente ist neu im Rentenpaket, sie wurde auf Druck des Wirtschaftsflügels der Union in das Gesetz eingefügt.“ Tagesspiegel, 21. Mai 2014

„Die Fraktionsspitzen einigten sich auf die Einsetzung einer Arbeitsgruppe, die bis zum Herbst erste Vorschläge zu flexiblen Übergängen in den Ruhestand erarbeiten soll. Dieses Thema hatte die CDU-Mittelstandsvereinigung MIT und ihr Vorsitzender Carsten Linnemann in der Diskussion um die Rente mit 63 auf die Agenda gesetzt.“ DIE WELT, 20. Mai 2014

„Eben jener Wirtschaftsflügel, namentlich vertreten vor allem durch den Vorsitzenden der Unions-Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT), Carsten Linnemann, hat sich nun mit einer wichtigen und guten Forderung durchgesetzt: der Flexi-Rente. Die ist seit gestern klammheimlich ins Rentenpaket gerutscht. Auf Drängen Linnemanns.“ Nürnberger Zeitung, 20. Mai 2014

„Der einzige Lichtblick ist der jetzt vereinbarte Einstieg in die Flexirente, den die Wirtschaftspolitiker der Union durchgesetzt haben.“ DIE WELT, 20. Mai 2014

„Das milliardenteure Rentenpaket konnte Linnemann nicht stoppen. Aber er setzte durch, dass das Arbeiten jenseits der offiziellen Rentengrenze leichter möglich ist - ein symbolischer Gegensatz zur Rente mit 63.“ FOCUS, 2. Juni 2014

„Der 36-jährige Bundestagsabgeordnete Carsten Linnemann lenkt seit Oktober die Geschicke der Mittelstandsvereinigung der CDU. In der Rentendebatte hat er erfolgreich dafür gestritten, dass Ältere künftig auch länger als üblich arbeiten dürfen.“ Handelsblatt, 27. Mai 2014

Nicht das Alter und der Staat entscheiden über den Lebensentwurf, sondern jeder für sich – je nach Bedarf und Möglichkeit. Die Flexi-Rente kann die ‚Rente mit 63‘, welche die Attraktivität eines vorzeitigen Ruhestands erhöht, nicht aufwiegen. Aber mit ihr wird das Rentenpaket der Großen Koalition um ein entscheidendes, in die Zukunft gerichtetes Signal ergänzt: nämlich dass derjenige, der gern länger arbeiten möchte, dies auch darf. Der flexible Renteneintritt ist der richtige Weg in Zeiten des demografischen Wandels. Er trägt dazu bei, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Weitere Schritte notwendig

Die MIT wird sich auch in den nächsten Wochen für weitere Schritte hin zu noch mehr Flexibilität beim Renteneintritt stark machen. Auf Initi-

ative der MIT hat die Koalition eine Kommission unter Führung des Kanzleramts eingesetzt, der auch Carsten Linnemann angehört. Diese soll Vorschläge erarbeiten, wie längeres Arbeiten weiter erleichtert werden kann. Vor allem die Sozialabgaben, die der Arbeitgeber für Rentner bezahlen muss, die bei ihm Teilzeit oder Vollzeit arbeiten, sollen auf den Prüfstand. Sie landen bei Arbeitslosen- und Rentenversicherung, ohne dass der Arbeitnehmer Leistungen erwirbt. Also: Entweder diese „Strafabgabe für Ältere“ ganz streichen oder den arbeitenden Rentnern als Rentenbonus auszahlen.

Eine Rente mit 60, wie sie die Gewerkschaften unter dem Deckmantel des flexiblen Renteneintritts nun fordern, lehnt die MIT ab.



Gute Nachrichten für ältere Arbeitnehmer:
Ab 1. Juli 2014 können sie im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber im Rentenalter weiterarbeiten

„Es ist der Erfolg der MIT, die Tür zum individuellen Renteneintritt geöffnet zu haben. Während die SPD Arbeitnehmer immer früher in Ruhestand schicken will, haben wir Mittelständler dazu einen Gegenpol gesetzt.“



Michael Littig • teckpro AG, Kaiserslautern
MIT-Kreisverband Kaiserslautern-Land

„Gerade im Handwerk verfügen ältere Mitarbeiter über umfassende Berufserfahrungen und Fachwissen. Dank der Flexi-Rente ist es für sie weiterhin interessant, ihr Wissen und Können weiterhin im Unternehmen einzubringen.“



Volker Rode • Steinbildhauerei Rode, Gelnhausen
MIT-Kreisverband Main-Kinzig

„Endlich können wir Unternehmer unsere gut ausgebildeten Fachkräfte rechtssicher länger beschäftigen. Von ihrem Know-How profitieren insbesondere unsere jüngeren Mitarbeiter.“



Heiko Eibenstein • HPKJ GmbH, Wilhelmshaven
MIT-Kreisverband Wilhelmshaven-Friesland

Investitionsbedingungen verbessern - Start Ups fördern

Die Digitale Wirtschaft ist die Schlüsselbranche der Zukunft. Doch Deutschland bietet aktuell nicht die Rahmenbedingungen, die zur Förderung der Branche erforderlich wären. Ein Gespräch mit Thomas Jarzombek MdB.

Wie können die Voraussetzungen für Neugründer verbessert werden?

Start-Up-Gründer werden durch Überregulierung, strenge Arbeitsmarktgesetze und langwierige bürokratische Prozesse behindert. Wir brauchen einen neuen Aufbruch, um den Innovationsstandort Deutschland für die Zukunft fit zu machen. Vor allem braucht es eine neue Kultur: Begeisterung für Neues, mehr Risikobereitschaft und eine „Kultur der zweiten Chance“. Das Scheitern darf kein Stigma mehr sein, wenn man im Hochrisikobereich gründet.

Finden Start Ups in Deutschland überhaupt die Fachkräfte, die sie brauchen?

Deutschland verfügt über eine Vielzahl von exzellenten Fachkräften. Gleichwohl müssen auch die Rahmenbedingungen für ausländische Fachkräfte weiter verbessert werden. Der Zuzug und die Möglichkeit zur Beschäftigung von Fachkräften aus dem Nicht-EU-Ausland sind durch Anerkennung von ausländischen Abschlüssen zu vereinfachen.

Wie sollte der Arbeitsmarkt flexibilisiert werden?

Der Kündigungsschutz muss für Gründer flexibler werden und es sollten verlängerte Befristungsmöglichkeiten innerhalb der ersten fünf Jahre gelten. Die Einführung einer „Gründungszeit“ für Arbeitnehmer und ein Gründerzuschuss sind richtige Signale. Außerdem brauchen wir mehr Software-Ent-

wickler: Programmieren muss wieder Pflicht in der Schule werden.

Start Ups klagen über zu viel Bürokratie. Kann hier ein One-Stop-Shop helfen?

Wir brauchen zweisprachige One-Stop-Shops, bei denen innerhalb einer Stunde eine UG oder GmbH angemeldet und ins Handelsregister eingetragen werden kann. Aktuell dauert dies bis zu drei Monate.

Können neue Instrumente, wie Crowd-Investing und Crowd-Funding dazu beitragen, die Investitionsbedingungen zu verbessern?

Ja, jedes neue Instrument ist willkommen. Hier dürfen erste zarte Pflänzchen nicht mit zuviel Bürokratie zertrampelt werden, Prospekthaftung ist das Stichwort. Wer in ein Internet-Startup investiert muss allerdings auch klar wissen, dass in der Regel 7 von 10 Firmen scheitern.

Wie bewerten Sie ein mögliches Open-Data-Gesetz?

Pathetisch gesprochen: Daten sind das Schmiermittel der Ökonomie 2.0, das Öl des 21. Jahrhunderts. Der Staat besitzt eine Menge Daten, beispielweise im Bereich der Verkehrssteuerung, deren Wert für Gründer sehr groß ist. Der Staat selbst kann damit aber kaum einen Wohlfahrtsgewinn stiften. Ganz anders innovative Gründer: Offene und maschinenlesbare Daten des Staates sind eine Chance für Gründer zu ganz neuen Innovationen.

Wie kann Deutschland für Wagniskapitalgeber attraktiver werden?

Investoren brauchen Rechtssicherheit und offene Türen. Jahrelanges Gerangel mit dem Bundesrat um die Streubesitzdividenden waren nicht hilfreich.



Thomas Jarzombek MdB, Vorsitzender der AG Digitale Agenda der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Vorsitzender der MIT-Kommission Digitale Wirtschaft und Netzpolitik

Das im Koalitionsvertrag verabredete Venture-Capital-Gesetz muss jetzt schnell kommen.

Wie steht es um den Fonds-Standort Deutschland?

Auf die investitionshemmende Umsatzsteuerpflicht von Management-Fees sollten wir dauerhaft verzichten. Die bereits vorhandenen öffentlichen VC-Fonds sollten unter Einbindung von Privatinvestoren und Unternehmen klassischer Industrien nach dem Vorbild des britischen Fonds „Passion Capital“ ausgebaut werden. Investmentfonds sollten als mündelsichere Anlageform neu definiert werden. Lebensversicherer sollten einen Teil ihres Kapitals in VC-Fonds anlegen können, 1% würde schon riesige Investitionen in Innovationen auslösen. Dies würde einen enormen Schub für die Start-Up-Szene in Deutschland bedeuten.

MIT - Bundesverband

ViSdP: Thorsten Alsleben,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin
Telefon: 0 30 / 22 07 98-0
Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de
www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: Lieferungen der MIT, branding³,
istockphoto.com/theboone, istockphoto.com/xavierarnau



Die Rahmenbedingungen für Start Ups in Deutschland müssen verbessert werden

